

Stand: 25.12.2025 04:44:11

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/96

"Bekämpfung von Cyberkriminalität"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/96 vom 15.11.2013
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/503 des KI vom 30.01.2014
3. Beschluss des Plenums 17/587 vom 05.02.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 10 vom 05.02.2014



Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl SPD**

Bekämpfung von Cyberkriminalität

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag bis zum 28. Februar 2014 einen mündlichen und schriftlichen Bericht über die Bekämpfung der Cyberkriminalität zu geben und hierbei insbesondere folgende Fragen zu beantworten:

1. Zum Cyber Allianz Zentrum:

- Wie viele elektronische Angriffe auf „Betreiber kritischer Infrastrukturen“ und Wirtschaftsunternehmen wurden seit Einrichtung des Cyber Allianz Zentrums (CAZ) gemeldet?
- Wie wurde mit den Meldungen verfahren?
- Gibt es diesbezüglich eine Zusammenarbeit mit dem Landeskriminalamt?
- Sollen die Täter verfolgt werden, oder dient diese Einrichtung nur der Entwicklung wirksamer Abwehrmechanismen?
- Welche qualitative und quantitative Personalausstattung hat das „C A Z“?

2. Polizeiliche Grundausstattung für die Bekämpfung von Internetkriminalität:

- Wie viele Polizeiinspektionen in Bayern sind mit sogenannten „Stand-Alone-Rechnern“ ausgestattet und wie viele solcher Arbeitsplätze gibt es insgesamt?
- Wie viele ausgebildete Spezialisten zur Bekämpfung von Cyber-Kriminalität gibt es in Bayern?
- Inwiefern wird in der Ausbildung der Polizistinnen und Polizisten auf den Umgang mit Internet- und Cyber-Kriminalität eingegangen?
- Wie hoch ist die Zahl der abwandernden Experten?
- Wie viele Polizeiinspektionen verfügen über einen Experten für Internetkriminalität?
- Wie viele Anzeigen von geschädigten Privatpersonen durch Internetkriminalität gab es seit 2010 jährlich?
- Wie hoch ist die Aufklärungsquote?

3. Sensibilisierung für das Thema Internetkriminalität in der Öffentlichkeit und Prävention:

- Welche Anstrengungen wurden unternommen, auch die privaten Internetnutzer über die Gefahren des World Wide Webs zu informieren?
- Gibt es Projekte zur Entwicklung von wirkungsvollen Abwehrmechanismen bei Attacken auf Unternehmen?

Begründung:

Kriminalität im Internet nimmt stetig zu und entwickelt immer neue Wege. Um mit dieser schnellen Entwicklung Schritt halten zu können, ist es von immer größer werdender Bedeutung, für die Innere Sicherheit Cyberkriminalität zu verhindern und effektiv zu verfolgen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

**Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer,
Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Drs. 17/96**

Bekämpfung von Cyberkriminalität

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Prof. Dr. Peter Paul Gantzer**
Mitberichterstatter: **Dr. Hans Reichhart**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 03. Sitzung am 27. November 2013 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag in seiner 07. Sitzung am 30. Januar 2014 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Dr. Florian Herrmann
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Harry Scheunstuhl SPD

Drs. 17/96, 17/503

Bekämpfung von Cyberkriminalität

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag bis zum 28. Februar 2014 einen mündlichen und schriftlichen Bericht über die Bekämpfung der Cyberkriminalität zu geben und hierbei insbesondere folgende Fragen zu beantworten:

1. Zum Cyber-Allianz-Zentrum:

- Wie viele elektronische Angriffe auf „Betreiber kritischer Infrastrukturen“ und Wirtschaftsunternehmen wurden seit Einrichtung des Cyber-Allianz-Zentrums (CAZ) gemeldet?
- Wie wurde mit den Meldungen verfahren?
- Gibt es diesbezüglich eine Zusammenarbeit mit dem Landeskriminalamt?
- Sollen die Täter verfolgt werden, oder dient diese Einrichtung nur der Entwicklung wirksamer Abwehrmechanismen?
- Welche qualitative und quantitative Personalausstattung hat das „CAZ“?

2. Polizeiliche Grundausstattung für die Bekämpfung von Internetkriminalität:

- Wie viele Polizeiinspektionen in Bayern sind mit sogenannten „Stand-Alone-Rechnern“ ausgestattet und wie viele solcher Arbeitsplätze gibt es insgesamt?
- Wie viele ausgebildete Spezialisten zur Bekämpfung von Cyberkriminalität gibt es in Bayern?
- Inwiefern wird in der Ausbildung der Polizistinnen und Polizisten auf den Umgang mit Internet- und Cyberkriminalität eingegangen?
- Wie hoch ist die Zahl der abwandernden Experten?
- Wie viele Polizeiinspektionen verfügen über einen Experten für Internetkriminalität?
- Wie viele Anzeigen von geschädigten Privatpersonen durch Internetkriminalität gab es seit 2010 jährlich?
- Wie hoch ist die Aufklärungsquote?

3. Sensibilisierung für das Thema Internetkriminalität in der Öffentlichkeit und Prävention:

- Welche Anstrengungen wurden unternommen, auch die privaten Internetnutzer über die Gefahren des World Wide Webs zu informieren?
- Gibt es Projekte zur Entwicklung von wirkungsvollen Abwehrmechanismen bei Attacken auf Unternehmen?

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsaordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Die Listennummer 4 ist von der Abstimmung ausgenommen, da sie gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 5 beraten werden soll. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu Verfassungsstreitigkeiten und den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2 – Unruhe)

Wenn Sie sich beruhigt haben, kann ich fortfahren. Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 8. Januar 2014
(Vf. 2-VII-14) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 45 des Bayerischen
Beamtengesetzes (BayBG) vom 29. Juli 2008 (GVBI S. 500, BayRS 2030-1-1-F),
zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 24. Juli 2013 (GVBI S. 450)
PII/G 1310.14-0002
Drs. 17/499

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Der Antrag ist unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ohne

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ der Abstimmung zugrunde zu legen.

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 8. Januar 2014
(Vf. 1-VII-14) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 57 Abs. 4 Nr. 3 des
Gesetzes über den Schutz der Natur, die Pflege der Landschaft und die Erholung
in der freien Natur (Bayerisches Naturschutzgesetz – BayNatSchG) vom 23. Febr-
uar 2011 (GVBI S. 82, BayRS 791-1-UG), geändert durch § 2 Abs. 19 des
Gesetzes vom 8. April 2013 (GVBI S. 174)
PII/G 1310.14-0001
Drs. 17/500 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 10. Januar 2014
(Vf. 3-VII-14) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 3 Abs. 1 des Gesetzes
über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden
(Finanzausgleichsgesetz - FAG), in der Fassung der Bekanntmachung vom
16. April 2013 (GVBI S. 210, BayRS 605-1-F)
PII/G 1310.14-0003
Drs. 17/501 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike
bestimmt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> ENTH

Anträge

4. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Endlich handeln! – Situation von Asylsuchenden in Bayern verbessern
Drs. 17/49, 17/444 (A)

der Antrag wird gemeinsam mit TOP 5 beraten

5. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Martin Neumeyer, Judith Gerlach u.a. CSU
Asylsozialpolitik in Bayern – menschlich und modern
Drs. 17/61, 17/446 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anhörung zur Weiterentwicklung der bayerischen Asylpolitik
Drs. 17/63, 17/447 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Auswirkungen des Bildungsfinanzierungsgesetzes auf den Schulgeldausgleich für Schulen der Altenpflege und Altenpflegehilfe
Drs. 17/85, 17/511 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Bekämpfung von Cyberkriminalität
Drs. 17/96, 17/503 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haftbedingungen in Straubing und München
Verhandlungsunfähigkeit des in Augsburg angeklagten M.
Drs. 17/106, 17/509 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Aufklärung von Vorwürfen gegen die Justizvollzugsanstalten Straubing und München-Stadelheim
Drs. 17/111, 17/513 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Mit dem operationellen Programm zügig eine bestmögliche Förderung bayerischer Projekte aus den EU-Strukturfonds sicherstellen!
Drs. 17/133, 17/507 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
Angemessene Finanzausstattung für die bayerischen Kommunen
Drs. 17/134, 17/494 (A)

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Arbeitnehmerrechte sichern – Streit zwischen XXXLutz und Belegschaft schlichten!
Drs. 17/19, 17/496

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der den Antrag für erledigt erklärt hat

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ermittlungen im Fall des Passauer Journalisten Hubert Denk
Drs. 17/88, 17/495 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sicherheitsanforderungen bei der geplanten Leistungserhöhung beim Atomkraftwerk Gundremmingen
Drs. 17/307, 17/435

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat

16. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Streichung „geweihtagende Hirscharten“ von der „Liste gefährlicher Tiere“
Drs. 17/322, 17/493

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

der den Antrag für erledigt erklärt hat

17. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Anmietung der Außenstelle des Heimatministeriums in Nürnberg
Drs. 17/382, 17/487

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

18. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl, Harald Güller u.a. und Fraktion (SPD)
Bericht zur BayernLB
Drs. 17/404, 17/488

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat